

Die parlamentarische Demokratie ernst nehmen und das liberale Profil schärfen!

Lehren aus der Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen

Von Jörg Bernstein, Vorsitzender des Kreisverbandes

Liberale Demokraten haben absolut nichts gemein mit quasi rassistischen Ausgrenzern, mit Leugnern historischer Tatsachen, mit Gegnern der Europäischen Union. Auch im Politikstil unterscheiden wir uns gravierend von der AfD: sachlicher Streit bei der Suche nach politischen Lösungen statt Polemik, Angstmache und Spaltung der Gesellschaft. – Diese scharfe Abgrenzung ist leider aufgeweicht worden.

Deshalb konnte allenfalls für einen sehr kurzen Moment die Wahl eines Liberalen in Thüringen zum Ministerpräsidenten als Erfolg gewertet werden. Doch schnell zeigte sich, dass nahezu alle Parteien – nicht erst bei dieser Wahl, sondern schon im Vorfeld – versagt haben:

- Die LINKE hatte ihre Wahlniederlage letztlich nicht akzeptiert und ging **ohne Not trotz fehlender parlamentarischer Mehrheit in eine Wahl – in der Hoffnung, stattdessen „Überläufer“ außerhalb der SPD und der Grünen gewinnen zu können.**
- Die CDU war nicht bereit oder in der Lage, aus ihren Reihen einen Kandidaten der Mitte zur Wahl zu stellen. Zudem ist die Bundespartei mit ihrem Landesverband im heftigen Streit.
- Die AfD hat – formal korrekt und leider kurzzeitig erfolgreich – diese Wahl erst ermöglicht, allerdings trickreich unter komplettem Verzicht auf die Unterstützung ihres Kandidaten. Sie nimmt die parlamentarische Demokratie nicht ernst, treibt stattdessen ein zynisches Spiel.
- Der FDP-Kandidat war weder weitblickend – in Hinsicht auf zukünftige tragfähige politische Mehrheiten – noch klarsichtig im Moment seiner Wahl, die er **rückblickend nicht hätte** annehmen dürfen. Er war letztlich schlecht beraten und wohl auch zu unerfahrenen, bei allen Verdiensten, die er im Thüringer Wahlkampf 2019 gezeigt hatte.

Die Wahl von Thomas Kemmerich hat Vertrauen gekostet; denn wer nur *pro forma* als „Angebot an die bürgerliche Mitte“ kandidiert, musste damit rechnen, dass er auch von einer Höcke-AfD der radikalsten Prägung gewählt wird. Allein nur „Zeichen zu setzen“, ohne die Folgen zu bedenken, lehnte unsere Partei immer als „Symbolpolitik“ ab. Sie kann sich weder als Opfer einer Intrige der AfD herausreden nach dem Motto „so ernst war die Kandidatur ja nicht gemeint“, noch war es ein spontaner Akt ohne Vorbereitungszeit. Denn seit Monaten wurden Konstellationen durchdekliniert. Und das Taktieren aller Parteien hätten zur Vorsicht mahnen müssen.

Václav Havel sagte einmal: „Ein natürlicher Nachteil der Demokratie ist, dass sie denen die Hände bindet, die es ernst mit ihr meinen.“ Er bezog sich damit auf unlautere Mittel, nicht auf die politischen Auseinandersetzungen als solche. Populisten **gleich welcher Couleur** greifen kritische Stimmungen in Teilen der Bevölkerung auf, fühlen sich aber weder einer unpolemischen Sprache noch allgemein anerkannten

Wahrheiten verpflichtet. Dem gilt es **an beiden Rändern des politischen Spektrums** entschieden entgegenzutreten, um wieder Stimmen für eine starke Mitte zu gewinnen: für eine sach- und lösungsorientierte Politik, insbesondere für einen starken Mittelstand, eine nachhaltige Wirtschaft, eine kluge Bildungspolitik und einen starken Rechtsstaat, der für die Sicherheit der Bürger sorgt.

Aus der Fraktion

Herausforderung: Stadt- und Kulturentwicklung

Von Dr. Jost Melchior

Im Stadtrat ist es in nächster Zeit notwendig, eine Reihe von Entscheidungen zu treffen, die bedeutsam für die langfristige Entwicklung der Stadt sind. Ihnen ist gemeinsam, dass es sich um Themen handelt, die seit vielen Jahren im Stadtrat nicht zu Ende diskutiert und dann auch nicht entschieden worden sind.

Seit Anfang der 90er Jahre wird immer mal wieder über die Gestaltung des Gebietes um den Johannbau, den Lustgarten, die frühere Mühleninsel und die östliche Muldeseite diskutiert, ohne dass sich etwas getan hätte. Die Bewerbung für die Landesgartenschau 2020, die vor allem die Gestaltung dieses Bereiches zum Inhalt hatte, ist Anfang 2017 gescheitert. Danach hat es wegen der verzögerten Bereitstellung von Fördermitteln bis zum Herbst 2019 gedauert, bis ein neuer Anlauf unternommen worden ist, die Gestaltung dieses Gebietes anzugehen.

Unter der Überschrift „Stadteingang Ost“ hat in den letzten Monaten ein intensiver und in seiner Form beispielhafter Diskussions-Prozess unter breiter Mitwirkung der Bürger stattgefunden. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und die Empfehlungen der Jury sind Ende Januar der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Diese Empfehlungen betreffen einzelne hochinteressante Gestaltungsvorschläge der unterschiedlichen beteiligten Teams für verschiedene örtliche Bereiche. Aber es ist von der Jury keine Gesamtumsetzungsstrategie empfohlen worden, die von der Stadtpolitik und der Verwaltung direkt weiterverfolgt werden kann. Deshalb muss nun in den städtischen Gremien dringend eine Grundsatzentscheidung vorbereitet und beschlossen werden, wie die gestalterische Lösung für das Gebiet aussehen soll. Danach sollten schnellst möglich die notwendigen Einzelentscheidungen für Teilbereiche folgen, damit Ergebnisse sichtbar werden.

Relativ zügig könnte es bei der Umsetzung des Lösungsvorschlages zur naturnahen Umgestaltung des Uferbereiches gehen. Die vorgesehenen Nutzungsangebote würden zu einer hohen Attraktivität des Bereiches führen. Das Leitmotiv „Die Stadt will an die Mulde“ findet sicher große Zustimmung.

Schwieriger sind die Entscheidungen zum Vorschlag einer Tunnellösung für die Mulduferrandstraße, um einen einheitlichen Landschaftsraum und einen barrierefreien Zugang des Uferbereiches gestalten zu können. Die Kostenschätzung von etwa 20 Mio Euro und die räumliche Dimension einer solchen Maßnahme werfen die Frage auf, ob dies der Weisheit letzter Schluss ist. Diese Entscheidung dazu sollte schnell getroffen werden, um zielorientiert weiter planen zu können.

Tiefgehende Diskussionen und Entscheidungen sind sicher für den sensiblen Bereich der Gestaltung des Umfeldes des Johannbaues erforderlich. Das betrifft auch die empfohlene Lösung für den Bereich der Marktstraße. Für beide Bereiche ist neben stadtgestalterischen Aspekten vor allem die Frage von Nut-

zungskonzepten zu diskutieren. Um über den von der Jury empfohlenen Architekturwettbewerb mit einer qualifizierten Aufgabenstellung entscheiden zu können, ist es deshalb erforderlich, auch die Ergebnisse der in den Gremien des Stadtrates parallel geführten Diskussion des Kulturentwicklungsplanes (KEP) mit einzubeziehen. Deshalb wäre es wünschenswert, diesen Prozess schnell zu einem Ergebnis zu führen.

Zur Erinnerung: Schon in drei Wahlperioden des Stadtrates – also seit etwa 10 Jahren - wird über einen Kulturentwicklungsplan im Stadtrat diskutiert, ohne dass es zu einem Beschluss gekommen ist. Karin Dammann und ich haben sich in der letzten Wahlperiode intensiv dafür eingesetzt, den im Mai 2019 von Herrn Dr. Reck überarbeiteten Entwurf des KEP zu beschließen. Das wäre eine Richtungsentscheidung gewesen, die eine weitere Ausgestaltung ermöglicht hätte. Doch dafür war in Wahlkampfzeiten keine Mehrheit möglich. Jetzt drängt die Zeit.

Wir haben uns im Wahlkampf im letzten Jahr für die Erhaltung und die Weiterentwicklung der vorhandenen kulturellen Einrichtungen sowie die Weiterentwicklung der Museumsstruktur eingesetzt, weil kulturelle Vielfalt ein besonderes Markenzeichen von Dessau-Roßlau ist. Wir unterstützten die vorgeschlagene institutionelle Zusammenführung der Museen und des Stadtarchivs, weil durch die Zusammenführung der unterschiedlichen fachlichen Kompetenzen in den musealen Bereichen die Einhaltung von anerkannten Museumsstandards am ehesten gewährleistet ist und die methodische Weiterentwicklung der Museumsarbeit in Zeiten der Digitalisierung vorangetrieben werden kann.

Der Chef des Deutschen Museumsverbandes hat im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass die Veränderungen der Gesellschaft die Museen auch in Sachen Bildung zum Umdenken zwingen; sie müssen sich wandeln und flexibel bleiben. Der Wissenserwerb erfolge anders als früher. Das reine Lernen und die klassische Museumsführung seien nicht mehr so gefragt. Er fordere neue pädagogische Herangehensweisen: Workshop statt Bildbetrachtung, Interaktion statt Vortrag, Diskussion statt Wissensvermittlung. Dies muss auch im Dessauer Museumskonzept berücksichtigt werden, um in Zukunft vor allem für junge Leute attraktiv zu sein.

Und ich werbe für eine enge vertraglich vereinbarte Kooperation mit dem Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle, um die dort vorhandenen großen wissenschaftlichen und museumsmethodischen Potenziale für die Einrichtung in Dessau-Roßlau zu erschließen. Das Landesmuseum ist für das ganze Land die verantwortliche Einrichtung auf dem Gebiet der Vorgeschichte.

Deshalb halte ich eine Gesamtkonzeption für die räumliche und museumsfachliche Gestaltung der Museumslandschaft in Dessau-Roßlau für erforderlich, aus der auch der gesamte Finanzbedarf für Investitionen und für den laufenden Betrieb ersichtlich ist. Das Ergebnis der Überlegungen kann dann wiederum bei der städtebaulichen Entwicklung des Stadteinganges Ost berücksichtigt werden.

Ehrung

Unsere Parteifreundin **Karin Dammann**, langjährige Stadträtin und derzeitige stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, ist mit der Theodor-Heuss-Medaille für besondere Leistungen ausgezeichnet worden.

Herzlichen Glückwunsch!

Geburtstag

Zum **besonderen Geburtstag** gratulieren wir herzlich
am 16. Mai 2020 Dietmar Glöckner (70)

Termine

- **30. Ordentlicher Kreisparteitag** am 27. März 2020 um 18.00 Uhr im Gemeindekirchsaal St. Georg, Askanische Str./Georgenstr.
- **Liberale Stammtische** finden im Regelfall jeden ersten Mittwoch im Monat statt. Näheres finden Sie jedoch in der lokalen Presse und auf unserer Internetseite.
- Nunmehr sind uns alle Termine zum **Besuch der Bundeshauptstadt** über die Büros unserer Bundestagsmitglieder bekannt:
 - 18. bis 19. Juni 2020, Dr. Faber, Sitzungswoche
 - 06. bis 07. Juli 2020, Sitta, keine Sitzungswoche
 - 27. bis 28. August 2020, Dr. Faber, keine Sitzungswoche
 - 28. bis 29. Oktober 2020, Sitta, Sitzungswoche
 - 16. bis 17. Dezember 2020, Dr. Faber, SitzungswocheInteressenten mögen sich rechtzeitig in unserer Geschäftsstelle melden.

Übrigens: Wenn Sie aktuell über die Arbeit der Bundes- und der Landes-FDP informiert sein wollen, können Sie das Internet mit folgenden Adressen nutzen:

www.fdp.de

www.fdp-sachsen-anhalt.de

Wir bitten unsere Mitglieder, bei Anschriften- und Kontoänderungen kurzfristig unsere Geschäftsstelle zu informieren, und wir machen Sie auf unsere neugestaltete Internetseite aufmerksam, die Sie immer aktuell informiert.

Unsere Bankverbindung bei der Volksbank Dessau-Anhalt:

FDP-Kreisverband Dessau-Roßlau

IBAN: DE 82 8009 3574 0001 2900 02

Jederzeit kann unser Konto auch für Spenden benutzt werden.